

## **SICH SELBST FINDEN IM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT: WAS WIR DURCH EIN EHRENAMT GEWINNEN**

Heiner Keupp

Vortrag bei dem Fachtag „Bürgerschaftliches Engagement und Schule“ des Pädagogischen Instituts München 01.02.2010

### **SCHULE UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT – ZWEI GETRENNTE WELT?**

Wie passen zwei Handlungsfelder zusammen, deren Funktionsprinzipien kaum unterschiedlicher sein könnten? Thomas Rauschenbach (2005) hat diese Frage in einem Vortragstitel gestellt: „Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welt?“ Die Schule ist ein Pflichtveranstaltung, die der Staat in ein Regelsystem eingesperrt hat, das für alle von Schule Betroffenen, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern kaum Gestaltungsräume läßt. Das bürgerschaftliche Engagement lebt von der Freiwilligkeit der Menschen und die Verbindlichkeiten, die sie akzeptieren, sind nur solche, die auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sein müssen und sie haben uneingeschränkt das Recht, ihr Engagement auch wieder einzustellen. In dem einen System herrscht eine vertikale Ordnung, eine Hierarchie, die den beteiligten Personen einen unterschiedlichen Kanon von Rechten und Pflichten auferlegt. Das andere System kann nur funktionieren, wenn eine Ordnung von den beteiligten Akteuren mitgestaltet werden kann und sie einander auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Schule hat einen in Stoff- und Lehrplänen festgelegten Bildungsauftrag, zu dem nicht unbedingt Innovation, Partizipation, Selbstwirksamkeit oder gar Spaß gehören. Hier geht es ja um den „Ernst des Lebens“, um die Herstellung des „homo faber“, des zuverlässigen Arbeitsmenschen und es geht um Selektion und Konkurrenz. Und Schule ist eine Zwangsgemeinschaft, in der ich einen Teil meines Lebens mit Personen zu verbringen habe, die ich mir nicht ausgesucht habe. Menschen, die sich engagieren, wollen vor allem in ihrer Tätigkeit Freude haben, sie wollen mit Menschen, die ihnen etwas bedeuten und die sie sich auch selber aussuchen können, etwas gemeinsam tun; sie wollen ein spezifisches ge-

sellschaftliches Feld aktiv mitgestalten und nicht selten sind es Felder, in die sie mit ihrem Handeln Veränderungen bewirken wollen; sie wollen in selbst gewählten Bereichen ihre Kompetenzen erweitern und sie wollen die Freiheit haben, den zeitlichen Umfang ihrer Beteiligung selbst bestimmen zu können.

Was könnte die Chance sein, Begegnungen zwischen diesen fremden Welten zu ermöglichen? Dazu möchte ich ganz am Ende einige Hypothesen formulieren, aber zunächst will ich den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in seiner Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit vor Augen führen.

## BÜRGERGESELLSCHAFT – ZWISCHEN HOFFNUNG UND BESORGNIS

Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft hat zur Zeit nicht gerade einen Spitzenplatz in der Hitparade politisch aktueller Themen, obwohl ihre Umsetzung gerade jetzt von größter Bedeutung wäre. Das war vor einiger Zeit deutlich anders. Der Bundestag hatte in der Legislaturperiode 1998 – 2002 eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt, die einen gewaltigen Ausstoß von papierernen Empfehlungen produzierte. Auch durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 ist dem Thema Freiwilligenengagement sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die politisch hochgehängten Diskurse zur Zivilgesellschaft sind seltener geworden. In der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2002 – 2006 kam das Thema kaum mehr vor und auch die darauffolgende Periode hat das nicht korrigiert. Das ist umso erstaunlicher, als die Politik immer mehr Verantwortung an die Bürger weiterreichen möchte, allerdings meist verkürzt auf die Perspektive, dass die Risikovorsorge vom Staat auf den einzelnen verschoben werden soll. Es ist keine Perspektive der aktiven Beteiligung von Bürgern an der Entwicklung des Gemeinwesens erkennbar, sondern eher eine Stimmung der Demoralisierung, die auf einer fatalen Koalition von Bürgerverdrossenheit der Politik und Politikerverdrossenheit der Bürger beruht.

Warum hat das Interesse an zivilgesellschaftlichen Diskursen und Projekten nachgelassen? Dieser Aufmerksamkeitsverlust steht in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was wir über das Freiwilligenengagement in Deutschland wissen. Der Freiwilligensurvey von 1999 hat gezeigt, dass zu dem bereits hohen Niveau von etwa einem Drittel der Bevölkerung (34%), die sich engagieren, ein weiteres knappes Drittel (26%) hinzukommt, das am Engagement interessiert

sind. Der gerade durchgeführte zweite Freiwilligensurvey zeigt, dass sich die Zahlen nach fünf Jahre noch erhöht haben (36% engagiert und 32% am Engagement interessiert). In diesem Zusammenhang hatte Helmut Klages von einem „brachliegenden Potential“ oder - noch dramatischer in der Formulierung - von einer „riesigen ‘schlafenden Ressource’“ gesprochen und diese Ressource ist offensichtlich weiter gewachsen. Man könnte vom „Dornröschen“-Phänomen der Bürgergesellschaft sprechen. Wie könnten diese „schlafenden Ressourcen“ aufgeweckt werden? Ich beobachte bei dem Bericht solcher Zahlen eine gewisse Ratlosigkeit, die sich in solchen Fragen artikuliert: Wo sind denn diese potentiell Engagierten und wie kann man sie denn erreichen und zu konkreten Projekten ermuntern? Als eine Antwort auf diese Frage sind die Freiwilligen-Agenturen entstanden, aber sie haben das Dornröschen noch nicht aus dem Tiefschlaf geholt. Vielleicht sind diese Zahlen zu oft gebetsmühlenartig wiederholt worden, ohne dass konkrete Handlungsmöglichkeiten erkennbar gewesen wären. Das schafft einen Vorrat resignativen Wissens.

Die Freiwilligenkultur in der Bundesrepublik, aber auch in anderen entwickelten Industriegesellschaften, erfuhr jedenfalls bis vor kurzem wachsende Beachtung. Politiker aller Parteien und Fachleute beugen sich in bemühter Aufmerksamkeit über den Freiwilligensektor unserer Gesellschaft. In dieser Haltung bündeln sich Sorge, Interesse und auch Begehrlichkeiten.

Die *Sorge* entsteht, wenn traditionsreiche Organisationen vermelden, dass bei ihnen das Freiwilligenengagement abbröckelt und aus solchen Indikatoren wird dann nicht selten der Schluss gezogen, dass Menschen sich zunehmend nur noch um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern wollen und nicht mehr bereit seien, sich für Menschen in Not oder die Gemeinschaft zu engagieren. Auch die Zukunft der Demokratie wird in diesem Zusammenhang zum Thema und sorgenvoll die Frage aufgeworfen: Werden denn Menschen, die an ihrer eigenen Selbstverwirklichung arbeiten, genügend an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert sein und sich entsprechend engagieren?

Das *Interesse* am Engagement von Freiwilligen entsteht aus der Vermutung, dass sich der gesellschaftliche Strukturwandel, der sich im Gefolge von Individualisierungs- und Globalisierungsprozessen vollzieht, nicht in klassischen Politikformen des „fürsorglichen“ oder „obrigkeitlichen Staates“ bewältigen lässt, sondern mehr Eigeninitiative und Mitwirkungsformen der Bürgerinnen und Bürger erfordert. Die Fragen, die in Wissenschaft und Politik daraus resultieren, beziehen sich darauf, wie sich Menschen in Selbsthilfe und Selbstorganisation an

zukunftsfähigen Lösungen für die gesellschaftlichen Folgen wachsender Flexibilisierung und Mobilität beteiligen.

Und die *Begehrlichkeiten* entstehen aus den fiskalischen Engpässen von Politik, Verwaltungen und auch Verbänden, die nach Möglichkeiten suchen, dass Menschen Anforderungen der Daseinsbewältigung und –vorsorge mehr in Eigenregie nehmen, um darüber Spareffekte bei öffentlichen Ausgaben zu erzielen. Es ist die Hoffnung auf ein bürgerschaftliches „Notstromaggregat“. Viele öffentliche Aussagen über die Freiwilligenarbeit kommen aus dieser Motivlage heraus. Auf diesem Hintergrund ist das Interesse am Freiwilligensektor gewachsen, aber es ist auch wichtig, sich in diesem Feld unterschiedlicher und widersprüchlicher Erwartungen zu positionieren.

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND – EINE EMPIRISCHE BILANZ

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels, der mit Schlagworten wie Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung angedeutet ist. Dieser Wandel erfasst nicht nur den ökonomischen und politischen Bereich, sondern bedeutet – in den Worten von Manuel Castells (1996, S. 477) einen „qualitativen Wandel in der menschlichen Erfahrung.“ Die Konsequenzen einer sich herausbildenden globalen Netzwerkgesellschaft „breiten sich über den gesamten Bereich der menschlichen Aktivität aus, und transformieren die Art, wie wir produzieren, konsumieren, managen, organisieren, leben und sterben“ (Castells 1991, S. 138). Von diesem Wandel ist auch das freiwillige soziale Engagement betroffen. Es löst sich aus den milieuspezifischen Kontexten, in denen traditionelle Engagementformen ihre spezifische Paßform gefunden hatten. Folgende Bilanz zum Freiwilligenengagement lässt sich ziehen:

- 1) Das freiwillige Engagement geht nicht zurück, sondern unterliegt einem charakteristischen Wandel: Weg von dem klassischen Ehrenamt, das seinen „Nachschub“ aus traditionsreichen sozialen und weltanschaulichen Milieus bezogen hat, hin zu einem Engagement, das sich aus Motiven einer selbstbestimmten Lebensführung speist.
- 2) Die „Anlagesphären“ für das vorhandene soziale Kapital verändern sich als Konsequenz dieses Motivwandels. Weil sich Menschen mit ihrem Engagement nicht mehr selbstverständlich in den vorhandenen Strukturen von Politik und Organisationen verorten wollen, bedarf es neuer Hand-

lungsangebote. Da diese noch nicht existieren, gibt es ein „frei flottierendes Potential an Gemeinsinn“, ein „brachliegendes Potential“ oder – noch dramatischer in der Formulierung – eine „riesige ‘schlafende Resource’“<sup>1</sup>.

- 3) Die Idee einer entwickelten Zivilgesellschaft braucht eine bürgernahe „Erdung“ und Realisierung. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement kann am ehesten im kommunalen Raum praktiziert werden und deshalb müssen entsprechende Förderstrukturen in den Gemeinden entwickelt werden<sup>2</sup>.

## FREIWILLIGES ENGAGEMENT LÖST SICH AUS DEN SOZIALEN FIGURATIONEN TRADITIONELLER MILIEUBINDUNG

Wenn man sich die immer beschriebene und empirisch gut gesicherte Diskrepanz zwischen der Erosion von Engagementbereitschaft bei traditionellen Institutionen und dem wachsenden Engagement in anderen Feldern freiwilliger Tätigkeit vergegenwärtigt, dann steht die Frage nach der stimmigen Passung zwischen Engagementmotiven und –potentialen einerseits und gesellschaftlichen „Gelegenheitsstrukturen“ andererseits zur Diskussion. Klassische Milieus schufen kollektive Identifikationen und bündelten Motivlagen, auf die sich Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände einigermaßen verlassen konnten. Die Passung zwischen ihren Aktivitäten und den Motivlagen der Individuen schien gesichert zu sein. Eine eigenständige und unabhängige Mittlerrolle zwischen individuellen Motiven und institutionellen Gelegenheitsstrukturen war in aller Regel nicht erforderlich. In den verschiedenen Milieus

<sup>1</sup> Diese einprägsamen Formulierungen stammen von Helmut Klages, die in unterschiedlichen Publikationen von ihm immer auftauchen (vgl. etwa Klages, Helmut & Gensicke, Thomas (1999). Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

<sup>2</sup> Dazu meine Expertise zur Enquetekommission des Deutschen Bundestages: Keupp, Heiner (2003). Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u.Ä. – Chancen und Restriktionen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen: Leske + Budrich, S. 13 – 52.

wurde durch sozialisatorische Leistungen diese Passung gefertigt. Mit dem zunehmenden Abschmelzen oder der Erosion traditioneller Milieus geraten gerade diejenigen institutionellen Handlungsfelder in Not, die ohne große eigenen Initiativen aus diesen Milieus personellen Nachschub erhielten. Auf die bewährten Rekrutierungsmechanismen scheint man sich nicht mehr problemlos verlassen zu können. Diese Erfahrung wird oft mit einer allgemeinen Klage über die „Ego-Gesellschaft“, den Verlust von gemeinwohlorientierten Werten oder den Zerfall von elementaren Formen der Vergemeinschaftung beantwortet. Statt einer Verfallsdiagnose ist aber eine Wandlungsdiagnose erforderlich. Verfalls- oder Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer Hochkonjunktur und das ist nicht erstaunlich, denn das ist ja ein Wesensmerkmal jeder dynamischen Entwicklung, dass etwas aufbricht, bislang selbstverständliche Muster nicht mehr tragen und neu gestaltet werden müssen.

Vor allem die individualisierungstheoretisch inspirierte Netzwerkforschung zeigt, dass sich die Beziehungsnetze der Menschen nicht einfach auflösen und an ihre Stelle die atomisierten Subjekte treten. Wir haben es nicht mit einem Verlust, sondern mit einem „Formwandel sozialer Integration“ (Habermas 1998) zu tun. Die Beziehungsmuster sind nicht (mehr) in starr-fixierten Rollen kodifiziert, die - wie bei den klassischen Geschlechterrollen - wie Zahnräder ineinander greifen. Aber das empirisch unterstützte „nüchterne Auge“, das nicht in rückwärts gewandter romantisierender Verklärung Zwangsgestalten sozialer Lebensformen zu ontologisch oder emotional unverzichtbaren individuellen Ankerpunkten erklären muß, sieht in den enttraditionalisierten sozialen Beziehungen nicht Zerfall oder Desintegration, jedenfalls nicht als all überall sich durchsetzendes Muster. Dieser ausgenüchtere Blick sieht im gesellschaftlichen Durchschnitt Subjekte, die ihr eigenes Beziehungsfeld selbst managen, mit großer Souveränitäten Zugehörigkeiten und Abgrenzungen nach eigenen Bedürfnissen regeln und sich durchaus nicht als isolierte „Einsiedlerkrebse“ beziehungslos in sozialen Wüsten verlieren. Auch die in den meisten Verfallsdiagnosen enthaltene Vermutung, daß die individualisierten „Ichlinge“ keine Bereitschaft und Fähigkeit zur Alltagsolidarität entwickeln würden, ist empirisch schwer zu halten.

Einzig die selbstverständliche Bereitschaft der Subjekte, das eigene Engagement in den Restformen traditioneller gesellschaftlichen Aktionsfelder (z. B. der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften) zu organisieren, hat nachweislich Einbrüche erlebt und diese Entwicklung verweist ja nicht auf Desintegration, sondern eben auf einen „Formwandel sozialer Integration“. Ein gewachse-

nes Bedürfnis nach und eine mitgewachsene Fähigkeit zu selbstbestimmtem und kommunikativ hergestellten Lebensmustern verweist auf eine gesellschaftliche Ungleichzeitigkeit, die mit einer klagend vorgetragenen Anomiediagnose in aller Regel verfehlt wird.

Spannend ist es ja vielmehr, den Formenwandel sozialer Beziehungen genauer zu untersuchen. Da wird man z.B. an Stelle zwangsförmig gelebter Nachbarschaften in aller Regel einen souveränen Umgang mit Nähe- und Distanzbedürfnissen finden. Oder nachbarschaftliche Unterstützungen in praktischen Alltagsangelegenheiten werden nicht durch bezahlte Dienstleistungen, sondern durch effiziente Tauschringe ersetzt, in denen sich eine neue geldwertunabhängige Haushaltsökonomie entfaltet. Wenn man das Verschwinden spezifischer sozialer Integrationsformen wie die engen Netzwerkverbindungen in homogenen Arbeiterbezirken als Indikator für Desintegration nimmt, dann wird man in reichem Maße fündig. Nimmt man die neuen Netzwerke spezifischer ethnischer Bevölkerungsgruppen, dann ergibt sich ein durchaus anderes Bild. Nimmt man die traditionellen Organisationsmuster ehrenamtlicher Tätigkeit, dann schlägt der Desintegrationszeiger auf dem verfallstheoretisch geeichten soziologischen Geigerzähler kräftig aus. Nimmt man die neu entstehenden Freiwilligenzentren als Messziffer, kommt hingegen ein ganz anderer Befund heraus. Oder nehmen wir das Pilzgeflecht von Selbsthilfegruppen, das sich überall entfaltet, auch dieses wird man nicht als Beleg für gesellschaftliche Desintegration werten dürfen.

### WERTEWANDEL UND SELBSTSORGE ALS BASIS VON ALLTAGSSOLIDARITÄTEN

Es spricht alles für die Notwendigkeit, die spezifische Dynamik aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen differenzierter zu betrachten. Handlungs- und Motivbündel, die an subjektiven Bedürfnissen und Erwartungen ansetzen, müssen nicht per se als Verdikt „egoistisch“ angesehen werden. Wenn die Egoismusklage erhoben wird, dann geht es meistens um den Zustand der Gegenwartsgesellschaft und vor allem darüber geklagt, dass uns moralische Prinzipien verloren gehen würden, die den uns Menschen innewohnenden Egoismus zähmen könnten. Jetzt da sich eine gemeinschaftsverpflichtende Moral auflösen würde, könnte sich dieser eigensüchtige "innere Schweinehund" ungehemmt entfalten. Achtsamkeit für andere Verfolgung eigener Interessen und Wünsche werden als Gegensätze konstruiert. In diesem Klagediskurs wird Gemeinsinn im Wesentlichen als moralisches Problem gesehen: Also Gemeinsinn



als ein höheres Gut, das dem "kalten, eigennützigem, berechnenden Psychopathen" (Rorty 1995, S. 74), als der der Mensch konstruiert wird, abgerungen werden muss, der aus der Sicht mancher Zeitdiagnostiker zunehmend die gesellschaftliche Bühne beherrscht. Gemeinsinn muss den Menschen als asketischer Tribut abverlangt werden, damit Gemeinschaft überleben kann. Wie der amerikanische Philosoph Richard Rorty (1995) herausgearbeitet hat, holt uns hier die traditionelle abendländische Moralphilosophie immer wieder ein. Deren "Hauptfehler" sieht Rorty in dem Mythos begründet, "dass das Ich etwas Nichtrelationales und dazu imstande (sei), frei von jeglicher Sorge um andere als kalter Psychopath zu existieren, der dazu gezwungen werden muss, die Bedürfnisse anderer in Betracht zu ziehen" (S. 73).

Wechseln wir mal das Vokabular und setze den Begriff der „Selbstsorge“ dort ein, wo Egoismus unterstellt wird. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Zugewogene Mittelschichtfamilien haben in eine Münchner Trabantenstadt etwas gemeinsam: Die Ehefrauen berufstätiger Männer sind tagsüber meist mit ihren kleinen Kindern ziemlich allein; die Decke fällt ihnen auf den Kopf; sie kennen niemanden und die abends müde heimkehrenden Männer sind als Kompensation für kommunikative Wünsche auch nicht besonders geeignet. Aus ihrer eigenen Bedürftigkeit heraus suchen sie nach Auswegen aus ihrer Krise, stoßen auf andere Frauen und es wächst der Wunsch, gemeinsam etwas gegen die Isolation zu tun. Es entsteht eine Art Bürgerzentrum von unten. Dieser Motivhintergrund lässt sich sehr gut mit dem Begriff der Selbstsorge belegen, jedoch nicht als egoistisch bezeichnen.

In der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren ein Wertewandel stattgefunden, in dem Selbstentfaltungswerte (z. B. „eigene Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln“, „sich selbst aktiv halten“, „interessante Leute kennenlernen“ oder „Spaß haben“) immer bedeutsamer werden. Allerdings lösen sie nicht einfach die traditionellen Tugenden und Pflichten („anderen Menschen helfen“, „etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun“, „mehr für den Zusammenhalt der Menschen tun“ oder „praktische Nächstenliebe üben“) ab, sondern sie mischen sich auf höchst eigenwillige Weise (vgl. Klages 1998).

Zwei Prozesse werden irrtümlich oft als egoistisch interpretiert. Wir müssen differenzieren zwischen jenen Prozessen, die unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung fördert und fordert: Den „Wolfsgesetzen“ einer ökonomischen Ordnung nach ist jede Chance auf Rendite zu nutzen, den eigenen Vorteil auf dem



Markt zu suchen, die eigenen Interessen möglichst auszureizen und jenen einer reflektierten und gelungenen Selbstsorge.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, zu fragen, was ich will und was für mich gut ist, ist die Voraussetzung zur Bereitschaft im Alltag praktische Solidarität zu üben. Individualisierung entzieht Gemeinsinnorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden.

## IDENTITÄTSRELEVANZ VON FREIWILLIGEM ENGAGEMENT

Was hat Identität mit sozialer Integration zu tun? Sehr viel, denn Identität stellt die „Schnittstelle“ zwischen der inneren und der äußeren Welt dar (Keupp et al 2006) und im Engagement arbeiten Menschen an der Passung ihrer Vorstellungen von dem, was ihnen wichtig ist, mit dem, was sie in ihrer realen Welt vorfinden. Und diese aktive Passungs- oder Identitätsarbeit wird immer mehr zu einer Grundvoraussetzung der aktiven Lebensbewältigung. In einer individualisierten Gesellschaft, in der die Menschen ihre Biographien immer weniger in den gesicherten Identitätsgehäusen der Berufsarbeit einrichten können, in der die traditionellen Geschlechterrollen ihre Façon verloren haben und in der Lebenssinn zur Eigenleistung der Subjekte wird, sind vermehrt Fähigkeiten zur Selbstorganisation in den sozialen Mikrowelten gefordert. Fertige soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung verlieren ihren Gebrauchswert. Sowohl die individuelle Identitätsarbeit als auch die Herstellung von gemeinschaftlich tragfähigen Lebensmodellen unter Menschen, die in ihrer Lebenswelt aufeinander angewiesen sind, erfordert ein eigenständiges Verknüpfen von Fragmenten. Bewährte kulturelle Modelle gibt es dafür immer weniger. Die roten Fäden für die Stimmigkeit unserer inneren Welten zu spinnen, wird ebenso zur Eigenleistung der Subjekte wie die Herstellung lebbarer Alltagswelten. Menschen in der Gegenwart brauchen die dazu erforderlichen Lebenskompetenzen in einem sehr viel höheren Maße als die Generationen vor ihnen. Sie müssen in der Lage sein, ein Berufsleben ohne Zukunftsgarantien zu managen, ihren individuellen Lebenssinn ohne die Vorgabe von Meta-Erzählungen zu entwickeln und eine Komplexität von Weltverhältnissen auszuhalten, die nur noch in Sekten auf ein einfaches Maß reduziert werden kann. Gefordert ist eine Perspektive der „Selbstsorge“ (wie Michel Foucault es genannt hat) oder eine „Politik der Lebensführung“ (so Anthony Giddens).

„Bürgerschaftliches Engagement“ wird aus dieser Quelle der vernünftigen Selbstsorge gespeist. Menschen suchen in diesem Engagement Lebenssinn, Lebensqualität und Lebensfreude und sie handeln aus einem Bewusstsein heraus, dass keine, aber auch wirklich keine externe Autorität das Recht für sich beanspruchen kann, die für das Subjekt stimmigen und befriedigenden Konzepte des richtigen und guten Lebens vorzugeben. Zugleich ist gelingende Selbstsorge von dem Bewusstsein durchdrungen, dass für die Schaffung autonomer Lebensprojekte soziale Anerkennung und Ermutigung gebraucht wird, sie steht also nicht im Widerspruch zu sozialer Empfindsamkeit, sondern sie setzen sich wechselseitig voraus. Und schließlich heißt eine „Politik der Lebensführung“ auch: Ich kann mich nicht darauf verlassen, dass meine Vorstellungen vom guten Leben im Delegationsverfahren zu verwirklichen sind. Ich muss mich einmischen. Eine solche Perspektive der Selbstsorge ist deshalb mit keiner Version „vormundschaftlicher“ Politik und Verwaltung vereinbar. Ins Zentrum rückt mit Notwendigkeit die Idee der „Zivilgesellschaft“. Die Konzepte Zivilgesellschaft und Identitätsarbeit verweisen aufeinander. Sie stellen auf der makro- und mikrosozialen Ebene die Frage danach, wie Menschen heute ihr Leben organisieren und ihre Identität finden sollen und welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sie dafür benötigen. Bürgerschaftliches Engagement vollzieht sich im Schnittbereich dieser beiden Fragen

## LERNPROZESSE FÜR EINE VITALE BÜRGERGESELLSCHAFT

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf oder Erfahrungen von Vorruhestand) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten und in vielen Bereichen war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert und gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als „soziale Experimentierbaustellen“, als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“

deuten (Hel-brecht-Jordan 1996, S. 107).

Wir haben es mit mehreren Lernprozessen zutun, die zeitlich teilweise nacheinander bzw. parallel erfolgt sind. Sie haben sich teilweise unabhängig voneinander entwickelt oder voneinander profitiert. Insgesamt stellen sie ein gesellschaftliches Erfahrungsfeld dar, das man im Anschluss an Manuel Castells (1997) unter der Überschrift „Projekt-Identitäten“ als ein Feld gemeinsamer Suche nach zukunftsfähigen gesellschaftlichen Lösungen abhandeln könnte. Ihr Entstehungsprozess läuft in aller Regel über irgendeine Form von widerständiger Identität, aber sie bleibt nicht in der Verteidigung partikularistischer eingespielter Lebensformen stehen, sondern entwirft Vorstellungen neuer selbstbestimmter Identitätsfigurationen in einer zivilgesellschaftlichen Perspektive, die in ihrem Anspruch universalistisch ausgerichtet ist. Projekt-Identitäten bilden sich in sozialen Bewegungen (z.B. Frauenbewegung) heraus, in Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements.

Die 'sozialen Experimentierbaustellen', die den Freiwilligensektor zu einem Innovationsgenerator haben werden lassen, sind als „emanzipatorische Antworten auf Risiken der aktuellen Modernisierungsprozesse“ zu verstehen. Das ist aber nicht nur rückwärtsgewandt eine sinnvolle Funktionsbeschreibung des bürgerschaftlichen Engagements. In ihm steckt auch ein großes Zukunftspotential. Ich möchte es an drei mir wichtigen Bereichen exemplifizieren:

1. Wie sollen die positiven wie probematischen Konsequenzen des demografischen Wandels bearbeitet und gestaltet werden, wenn sich nicht aktive Bürgerinnen und Bürger - durchaus aus Eigeninteresse - für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren? Eine klassische staatliche Lösung wird es hier ganz sicher nicht geben.
2. Wie soll die Integration von Zuwanderungsbewegungen gelingen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, wenn ihr vielfältiges Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund nicht wahrgenommen und gefördert wird? Hier sind wichtige brückenbildende Formen der interkulturellen Kommunikation und Kooperation erforderlich.
3. Wie soll die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements aussehen, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von einem hochtourigen Bildungssystem so absorbiert werden, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben? Sorgenvoll sehe ich

hier die Entwicklung im Schul- und Hochschulwesen. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs für ein selbstbestimmtes Leben.

## DIE RÜTLI-SCHULE: RETTUNG DURCH BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Unter dem Titel „Ein Härtefall für zwei“ hat die Frankfurter Rundschau am 14.12.2009 einen spannenden Artikel gebracht. Darin wird berichtet wie zwei bürgerschaftlich engagierte Männer, Ahmad Al-Sadi und Klaus Lehnert, die Rütli-Schule in Berlin völlig umgekrempelt haben. Vor drei Jahren noch fürchteten sich dort Lehrer vor randalierenden Schülern. Jetzt herrschen hier gegenseitiger Respekt und Freude am Lernen.

Wenn *Ahmad Al-Sadi* durch die Rütli-Schule läuft, dann ist es, als sei ein Popstar in Berlin-Neukölln gelandet. Auf den langen Fluren drängen sich die Schüler um ihn. Sie rufen "Doktor Sadi", sie greifen nach seinen Händen, sie kämpfen um einen Blick, um ein Lächeln von ihm. Ahmad Al-Sadi genießt den Trubel. Er ist 61 Jahre alt, trägt einen schwarzen Anzug, eine gelbe Krawatte, einen karminroten Seidenschal und eine runde Hornbrille. Wahrscheinlich ist er der eleganteste Sozialarbeiter, der je in einer Berliner Schule zu tun hatte.

Die Kinder auf dem Gang erzählen Al-Sadi von ihren Problemen. Ein Junge sagt, er habe seine Schulbücher irgendwo verloren. Ein Mädchen braucht Kreide für ein Spiel im Hof. Al-Sadi hört zu, er hat auch ein paar Ratschläge. Und vor allem hat er Zeit, viel Zeit. "Die anderen Erwachsenen müssen immer irgendwohin und Doktor Sadi, der ist einfach da", sagt ein Mädchen aus der siebenten Klasse.

Al-Sadi ist in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Jordanien aufgewachsen, hat in Berlin als Volkswirt promoviert, war später auch mal Bauunternehmer. Er ist schon lange wohlhabend genug, um nicht mehr arbeiten zu müssen. Und trotzdem ist er jetzt in dieser Schule angestellt, als "interkultureller Moderator", so sein Titel, den er selbst etwas hochtrabend findet. Er sagt, er habe Lust, hier mitzumachen, weil in der Rütli-Schule gerade etwas Besonderes entsteht.

*Klaus Lehnert* ist ein kräftiger Mann mit weißen, welligen Haaren, die seinen Kopf wie eine kleine Schäfchenwolke umwehen. Er steht vor einer grünen Wandtafel, die neben dem Eingang der Schule hängt. An der Tafel steht "Herzlich willkommen", auf Deutsch und auf Arabisch. Lehnert sagt, er habe damit gerechnet, dass diese Tafel schon nach kurzer Zeit von kleinen und großen Kinderhänden verschmiert wird. Aber jetzt hängt die Tafel schon seit Wochen dort und ist noch so sauber wie am ersten Tag. "Das ist ein Zeichen", sagt Lehnert.

"Ein Zeichen des Respekts, den die Schüler jetzt wieder für sich selbst und für die Schule haben."

Lehnert ist 67 Jahre alt, er war bis vor zwei Jahren Direktor eines angesehenen Gymnasiums in Britz und könnte längst seine verdiente Pension genießen. Aber genau wie Ahmad Al-Sadi hat sich Lehnert noch etwas vorgenommen. Er ist Projektleiter des "Campus Rütli", eines Modellversuchs, der das Schulwesen in ganz Deutschland verändern könnte. Es geht darum, Problemschulen, die hauptsächlich von sozial schwachen Migrantenkindern besucht werden, zu erfolgreichen Bildungseinrichtungen zu machen. Für Lehnert ist diese Aufgabe die wichtigste, die er je gehabt hat. "Wir haben hier eine riesige Chance bekommen. Wir wollen zeigen, wozu Schule in der Lage sein kann", sagt er mit feierlicher Stimme.

Bevor die Rütli-Schule zum Träger einer so gewaltigen Hoffnung werden konnte, war sie das Paradebeispiel der Misere. Das eine wäre wohl ohne das andere nicht denkbar gewesen. Es brauchte einen Crash, um den Neuanfang zu wagen. Am 28. Februar 2006 schrieb die damalige kommissarische Leiterin der Rütli-Hauptschule einen Brief an das Neuköllner Schulamt: "In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auftreten, Lehrkräfte werden gar nicht wahrgenommen. Einige Kollegen gehen nur mit dem Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können. Wir sind ratlos", hieß es in dem Schreiben.

Als der Inhalt des Briefes öffentlich bekannt wurde, war die ganze Republik bestürzt über diese Kapitulationserklärung. Die Rütli-Schule wurde zum Symbol eines Bildungssystems, das keine Kraft mehr für die Schwächsten hat. Zwei Tage später war die Schule von Journalisten umzingelt. Übertragungswagen standen auf den Gehsteigen. Die Bilder von dem mehr als hundert Jahre alten Schulhaus mit der hellgrauen Fassade liefen in allen Fernsehsendern. Politiker eilten herbei und versuchten etwas zu erklären. Experten zeichneten ein hoffnungsloses Bild dieser Gegend im Norden von Neukölln. Zu viele Migranten, zu viel Armut, zu viel Arbeitslosigkeit. Und keiner wusste, wie man Kindern hier noch eine Zukunft bieten kann.

Ein paar Wochen nach dem großen Crash kam Ahmad Al-Sadi zum ersten Mal an die Rütli-Schule. Der neue Direktor, der die Geschäfte vorübergehend übernommen hatte, war ein Freund von ihm und fragte, ob er mitmachen wollte. Al-Sadi hatte ein paar Jahre zuvor seine Baufirma verkauft. Vor seiner Zeit als Unternehmer hatte er viele Jahre lang als Sozialarbeiter mit Jugendlichen gearbeitet. Eigentlich hatte er nicht vorgehabt, damit noch mal anzufangen, aber die Rütli-Schule interessierte ihn irgendwie. Er hatte das Gefühl, an etwas Wichtigem teilhaben zu können.

Deshalb fand er es auch nicht schlimm, dass gar keine Stelle für ihn da war, dass er nicht bezahlt wurde. Das war ihm sogar ganz recht, weil er so jederzeit hätte gehen können. Die ersten zwei Jahre arbeitete er ehrenamtlich. Er wollte

wissen, ob es klappt. Ob man so eine Schule wieder in den Griff bekommt. Ob man die Kinder noch erreichen kann.

An Al-Sadis erstem Tag an der Rütli-Schule gab es in der Aula eine Elternversammlung. Die Stimmung war angespannt, es gab eine Wand des Misstrauens zwischen Eltern und Lehrern, sagt er. Irgendwann ist Ahmad Al-Sadi dann aufgestanden, hat sich vor die Eltern gestellt und hat eine kleine Rede gehalten. Er erzählte von seiner Kindheit im Flüchtlingslager Irbid in Jordanien, wo es ihn und seine Familie während des arabisch-israelischen Krieges hin verschlagen hatte. Al-Sadis Vater, der in seiner Geburtsstadt Nazareth ein florierendes Transportunternehmen gehabt hatte, erklärte seinen Kindern, sie müssten sich nun, da aller Besitz verloren war, um Bildung bemühen. "Nur unser Kopf kann uns hier wieder raus bringen. Nur unser Wissen kann uns ein besseres Leben beschern", sagte er. Al-Sadi erinnert sich noch an den ernststen Blick des Vaters. "Diese Worte", sagt er, "haben mich nie wieder losgelassen."

Als er diese Geschichte in der Aula der Rütli-Schule erzählte, auf Arabisch, damit ihn die versammelten Eltern auch verstehen, da begannen schon bald die ersten Mütter zu weinen und auch ein paar Väter wischten sich Tränen aus den Augenwinkeln. "Die kannten diese Geschichte, weil die meisten sie in ihrer eigenen Familie erlebt haben", sagt Al-Sadi. Er erzählte von den Schulen im Flüchtlingslager, wo die Kinder in drei Schichten lernen mussten, weil nicht genug Klassenräume da waren. "Was haben unsere Kinder dagegen heute für herrliche Bedingungen, aber wir müssen ihnen helfen, ihre Chance zu ergreifen", sagte Al-Sadi. Nach seiner Rede kamen Mütter zu ihm, umarmten ihn und sagten, so habe schon lange niemand mehr mit ihnen gesprochen. Und so begann das, was Ahmad Al-Sadi das neue Vertrauen nennt.

Sie haben sich dann langsam voran getastet, die Lehrer, die Schüler, die Eltern. Es ging darum, einen neuen Umgang miteinander zu erlernen. Auch die Lehrer mussten begreifen, dass es nicht ausreicht, Wissen zu vermitteln. Dass man als Mensch präsent sein muss. Die Schule sollte keine fremde Institution mehr sein, sie sollte Teil des Familienlebens werden. Es gab Abende, an denen Eltern und Lehrer gemeinsam kochten und Musik machten. Die Lehrer spielten Cello und Geige, die Eltern Laute und Zither. Sie kochten arabisch und deutsch und die Wand, die zwischen ihnen stand, bekam die ersten Löcher.

Al-Sadi lud Lehramtsstudenten in die Schule ein. Die arbeiteten am Nachmittag mit den Schülern. Für manche Kinder war es der erste Kontakt mit Deutschen. Sie fragten die Studenten über ihr Leben aus. Sie erfuhren, dass die Studenten freiwillig und ohne Bezahlung arbeiten. "Warum machen die das?", fragten sie Al-Sadi und der sagte: "Die machen das für euch." Ein paar Wochen später waren sie in der Philharmonie, es gab ein Konzert von japanischen Trommlern. Noch Tage danach haben sich die Kinder bei Al-Sadi für den schönen Abend bedankt. "Die Kinder merken, wenn man es ernst mit ihnen meint, sie spüren dann, dass sie etwas wert sind. Die haben schon so viel Scheiße erlebt, die brauchen jemanden, der ihnen Mut gibt, etwas aus ihrem Leben zu machen."

Wenn Ahmad Al-Sadi spricht, leuchten seine Augen. Man spürt seine Wärme, seine Freude über jeden dieser kleinen Erfolge. Womöglich wäre das deutsche Bildungssystem ganz einfach zu retten. Man bräuchte nur Leute wie Al-Sadi in jeder Schule. Diesen Fachlehrer in Sachen Begeisterung.

Im Sommer 2007, kurz bevor Klaus Lehnert sein Pensionsalter erreicht hatte, bekam er einen Anruf von Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky, der ihn fragte, ob er noch eine kleine Aufgabe im Leben gebrauchen könnte. Buschkowsky erzählte vom geplanten Campus Rütli, wo die Kinder aus der Gegend von der Kita bis zum Abitur zusammen lernen sollen, wo sie auch ihre Freizeit verbringen können. Es klang nach einer kleinen, schönen Welt, in der das Leben so ganz anders sein würde als auf den Straßen von Neukölln. Lehnert sagt, er sei sofort begeistert gewesen. Er zeigt auf die Pläne, die sie in den letzten zwei Jahren erarbeitet haben und die jetzt an der Wand des Elterncafés hängen. Es gibt einen großen Park mit Bäumen, Spiel- und Fußballplätzen. Mittendrin stehen helle, schöne Schulgebäude und Häuser, in denen Berufswerkstätten, Kindergärten, eine Musikschule, die Volkshochschule und Sozialdienste untergebracht werden. 1400 Schüler sollen hier von sechs bis einundzwanzig Uhr betreut werden. Wenn sie es hier nicht schaffen, dann schafft man es nirgendwo

Schon im nächsten Jahr wird eine große Halle gebaut, in der Sport gemacht werden kann, aber auch Konzerte gespielt werden können. Eine Modellzeichnung der Halle hängt an der Wand. Es gibt ein riesiges Foyer mit Panoramafenstern und Glaskuppeln an der Decke.

Der Campus soll um die jetzige Schule herum gebaut werden. Ein Gewerbehof und eine ganze Laubenkolonie werden weggebaggert, um Platz zu schaffen für das vier Hektar große Gelände. Die Baukosten werden etwa 25 Millionen Euro betragen. Der Großteil davon wird vom Land und vom Bund bezahlt. So sieht sie aus, die Antwort des deutschen Staates auf eine Kapitulationserklärung.

Mit dem Blick eines Feldherren läuft Lehnert die Rütlistraße rauf und runter und zeigt auf die Gebiete, die bald dem Rütli-Projekt gehören werden. Vor der Laubenkolonie hängt ein Protestplakat. "Das wird denen aber nichts nutzen", sagt Lehnert. Schon bald soll der Abriss beginnen. Lehnert schnarrt Zahlen und Fakten herunter. Er sagt, das sei das visionärste Schulprojekt, von dem er je gehört habe. Entsprechend groß sei die Verantwortung. Wenn sie es hier nicht schaffen, dann schafft man es wahrscheinlich nirgendwo.

Lehnert sagt, er hätte keinen Zweifel am Erfolg. Der sei ja jetzt schon zu sehen, obwohl der Campus noch gar nicht da ist. Vor drei Jahren waren gerade mal 29 Prozent der Zehntklässler fit für das Gymnasium. Im vergangenen Schuljahr waren es schon 51 Prozent. Lehnert sieht die Schüler, die noch vor zwei Jahren als hoffnungslose Fälle galten und die jetzt freiwillig am Nachmittag zum Nachhilfe-Unterricht gehen. Er erzählt von den Kindern, die sogar in den Ferien weiter lernen wollten, von den Müttern, die in dieser Zeit in der Schule für die Kinder Mittagessen kochten. "Es ist, als wäre ein Schalter umgelegt worden",



sagt Lehnert.

Dabei sind es doch dieselben Schüler. Und auch die meisten Lehrer, die heute in der Schule unterrichten, waren schon vor dem Crash da. Sie haben nicht mehr Stellen als früher und vom neuen Campus gibt es nur die Pläne. Lehnert sagt, es sei wie beim Fußball. Wenn man an den Sieg glaubt, dann geht alles.

Direktoren anderer Schulen beschwerten sich bereits

Ahmad Al-Sadi ist wieder auf den Schulfluren unterwegs. Er will noch ein paar Sachen zeigen, die er "meine Hoffnungssteine" nennt. Dazu gehören zum Beispiel die neuen Chemie- und Physikräume im dritten Stock. Dort riecht es nach frischer Farbe und an der Decke hängen lange, schicke Kästen, aus denen Gas, Strom oder Wasser kommt. Die Versuchstische haben Rollen und können so zurecht gestellt werden, wie man es gerade braucht. An der Wand hängt ein Smartboard, eine weiße Tafel, die wie ein Computerbildschirm funktioniert.

Die neuen Räume wurden in den Sommerferien hergerichtet und als das Schuljahr wieder losging, da haben sie mit jeder Klasse eine Führung gemacht. "Wir haben den Schülern gesagt, dass der deutsche Staat das alles bezahlt hat, damit sie besser lernen können, und das haben die begriffen", sagt Al-Sadi. Er läuft weiter, auf seinen flinken, dünnen Beinen, zur Cafeteria, in der jetzt Küchenmaschinen aus Edelstahl stehen, weiter zur Mensa, in der ein heller Parkettboden verlegt wurde und wo es neuerdings auch eine Kletterwand gibt, die bis zur Decke reicht, gesponsert von einem großen Energieunternehmen.

Al-Sadi zeigt nach links und rechts, er wirbelt herum und ist stolz wie ein kleiner Junge über all die schönen, neuen Sachen. Die Lehrküche, das Elternzentrum, wo die Familien ein- und ausgehen können, wann sie wollen, die Bibliothek mit den gerade angeschafften Büchern, bezahlt von einer Stiftung, die es gut mit der Rütli-Schule meint.

Das alles sind Dinge, die es in den meisten Schulen längst gibt, die nur hier so auffallen, weil wohl niemand mehr damit gerechnet hat. Weil der Unterschied extrem erscheint zwischen der Schule, wie sie vor drei Jahren war, und dem, was heute aus ihr geworden ist. Klaus Lehnert sagt, man dürfe es auch nicht übertreiben, weil sonst ein neues Ungleichgewicht entsteht. Direktoren anderer Neuköllner Schulen beschwerten sich bereits über den "Luxustempel in der Rütlistraße".

Ahmad Al-Sadi sagt, das Wichtigste sei ohnehin die Arbeit in den Köpfen und da stünden sie noch ganz am Anfang. "Geistessprünge kosten nichts, aber sie machen verdammt viel Arbeit", sagt er und eilt über den langen Flur davon.

Das klingt einfach unglaublich! Ich wollte die Einschätzung der Leiterin des Kulturamtes Neukölln, Frau Dr. Dorothea Kolland<sup>3</sup> erfahren, die in diesem Stadtbezirk seit einem Vierteljahrhundert arbeitet. Sie hat mir auf meine Frage, wie sie die Entwicklung an der Rütli-Schule beurteilt, folgendes gemailt:

---

<sup>3</sup> Da sie meine Schwester ist, konnte ich die unmittelbare familiäre Kommunikation für eine offene Einschätzung nutzen.

„Sie ist schwierig zu beantworten. Es ist da wirklich was passiert, und sicher auch was positives. Die beiden portraitierten Männer sind gut und wichtig, ich kenne beide gut, und sie schöpfen aus sehr unterschiedlichen Erfahrungen - beides Männer "in Pension", die als Senior Manager dort tätig sind, der eine ehrenamtlich (der Palästinenser), der andere ist reaktiviert worden (leitete vorher das beste Gymnasium Neuköllns). Der Prozess, in dem sie rudern, ist extrem schwierig, denn die Ausgangslage war und ist beschissen.

Eigentlich fehlt die dritte im Bunde, die bislang Quartiersmanagerin war in dieser Stadtregion, und die jetzt die ganzen Verwaltungs- und Bau- und Finanzkoordinationen macht (der undankbarste Job, darf eine Frau machen...). Es ist viel Geld aktiviert worden, aus staatlichen und aus privaten Quellen, und man zieht jetzt gerade einige Superbauten hoch (Sporthallen, Naturwissenschafts- und Kunsträume) und hat dafür ein wunderschönes Kleingartengelände zerstört (man hätte ja auch über eine "Garten-Schule" nachdenken können, die nicht gegen die Anwohner gerichtet gewesen wäre).

Was mit den pädagogischen Konzepten passiert, ist völlig offen. Zwei Hauptprobleme:

1. die Schulpolitik Berlins ist konzeptionell am Arsch, und man kann keine Inseln der Seligen gründen, auch wenn man so tut. Da hat sich in den letzten Jahren außer Umetikettierung nichts bewegt.
2. Die Pädagogen vor Ort sind nicht einbezogen und vollkommen überfordert - es sind ja im Kern die, die jenen "Rütli-Brief" geschrieben haben, aufgefüllt durch Grundschulen und eine Realschule, die verzweifelt rudern. Es gibt dort viele sehr engagierte Lehrer, die aber nur noch abwehren, weil ihnen schon wieder eine Stiftung oder ein Verein oder ein Künstler was Gutes tun will. Sie brauchen Zeit und Coaching. Beides gibt es nicht.

Der Campus Rütli hat Gutmenschen angezogen wie ein Haufen Scheiße die Fliegen, an der Spitze Volker Hassemer und Christina Rau mit der Stiftung Zukunft Berlin (bekannt dafür, dass sie alles wissen und auf die lokale Meinung keinen Wert legen) und die Freudenberg Stiftung, die ja der Nabel des interkulturellen Gutmenschentums ist. Für die müssen natürlich immer wieder Profilierungsbühnen gebaut werden. Und die Hauptprofilierungsbühne braucht unser Bezirksbürgermeister, der den "Campus Rütli" zur Chefsache erklärt hat (es dauerte ziemlich lange, bis er den Zündstoff kapiert hatte). Dadurch bewegt sich vieles natürlich viel schneller, als es sonst der Fall wäre, und Senatsbeschlüsse werden schon auch mal mit kleinen Erpressungsdrohungen in den Mülleimer gekippt, was nicht schlecht ist. Es wird sicher eine hervorragend ausgestattete Schule werden, im Schul- wie im Freizeitbereich, was die Hardware angeht. Das ist gut.

Ich bin wirklich zerrissen in mir. Dass die Schüler dieser Schule eine toll ausgestattete Schule bekommen, ist gut. Schlecht ist, dass es so gut wie allen Schulen in ähnlichen Umgebungen genau so dreckig geht, und um die kümmert sich niemand - außer einige der Schulen selbst. Vor einem Jahr war in der "Zeit" ein Portait der Kurt-Löwenstein-Hauptschule (90% der Schüler sind Transfer-

Empfänger, brauche Dir nicht mehr zu sagen), 98% Migrantenkinder. In dieser Schule - wie auch in einigen anderen in Neukölln - haben Lehrer, Rektoren, Quartiersmanagements, Eltern das Schicksal ihrer Schulen selbst in die Hand genommen und es in unglaublicher Weise geschafft, ihren Schulen durch neue Profilbildungen und Kooperationen (oft übrigens mit Kultur!) einen neuen drive zu geben. für die hat weder das Bezirksamt noch die Schulverwaltung noch irgend eine Gutmenschentiftung was getan. Manchmal schauen sie neidisch bzw. sehnsüchtig auf das Schlaraffenland "Campus Rütli", aber nur manchmal. Sie sind sehr stolz auf das, was sie selbst bewegen. Aber wenn diese Selbsterneuerungskraft nicht unterstützt wird durch konzeptionelle und pädagogische Verstärkungen (insbesondere personeller Art) durch den Staat, wird diese Energie verpuffen.

Unser Bürgermeister meint, es würde was bringen, an symbolischer Stelle - Rütli - zu klotzen und damit alles aus dem Dreck zu ziehen. Bloß das Klotzen ist so maßlos und top downmäßig, dass es weder an der Basis nachhaltig wirken kann noch ist es in der Breite finanzierbar. Ein Leuchtturmprojekt kann dann was bringen, wenn es ausstrahlt. Bei "Rhythm is it" der Philharmoniker war es so (das Projekt selbst war gar nicht so besonders revolutionär, da gab es schon besseres), aufgrund der Prominenz schauten endlich mal ein paar Leute hin, für die das vorher nur "Gedöns" war, und es schuf Bereitschaft für weiteres. Wenn dies bei "Campus Rütli" ebenso wäre, dann wäre es ein Erfolg. Im Augenblick ist es vor allem ein Erfolg für mediengeile Politiker und Stifter.

Für mich stellen sich weitere Probleme: So lange der Arbeits- und Ausbildungsmarkt den Jugendlichen aus Nord-Neukölln so deutlich wie jetzt zu erkennen gibt, dass er an ihnen nicht interessiert ist, so lange wird sich auch keine große Lust entwickeln, auf Schulabschlüsse hinzuarbeiten. Es ist absolut erniedrigend, was Jugendliche mit Hauptschulabschluss (und auch bei Realabschluss greift das) erleben, von denen "ohne" gar nicht zu reden. Die Bürgerstiftung Neukölln ist seit Jahren aktiv in einem Mentorenprojekt an Hauptschulen, wir erleben das dauernd. Zwar ist die Zahl der Schulabschlüsse stark angestiegen durch dieses 1:1-Betreuungsprojekt, aber die Erfolge beim Abschluss von Lehrverträgen kaum. Und dann ist natürlich das Elternproblem, das nur am Rande mit desinteressierten besoffenen oder in der Moschee betenden Eltern zu erklären ist, wie

das unser Bürgermeister tut, sondern viel mit Hilflosigkeit der Eltern unserem Bildungs- und Sozialsystem gegenüber zu tun hat, an dem auch gebildete Eltern scheitern. Ich kenne eine irakisch-jordanisch-palästinensische Familie, Vater promovierter Wirtschaftswissenschaftler, Mutter dipl. Chemikerin, die mir ziemlich ratlos erzählten, dass sie ihrem 10-jährigen Sohn, der in Mathe nicht gut mitkam, bei den Schulaufgaben helfen wollten und der dann mit seiner Lehrerin großen Ärger bekam: das sei alles falsch, was er rechnen würde (bis auf das Ergebnis). Er beschimpfte ziemlich seine Eltern, weil sie ihn hätten auflaufen lassen. Des Rätsels Lösung: Die Eltern hatten ihrem Sohn einen anderen Rechenweg erklärt, die sie gelernt hatten - und diesen hatte die Lehrerin als fehlerhaft verworfen. Blick über mögliche Kulturgrenzen weg: unbekannt. Wie geht es den Eltern, die nur ganz wenig oder gar keine formelle Bildung haben - wie werden sie in den Schulen behandelt? Also die Analphabeten, die keine

Kultur haben (wie unser Bürgermeister im nicht-öffentlichen Diskurs gerne sagt) und die zu dumm sind, ihre Kinder zu erziehen. Ich bin sicher, dass wir das Problem nur im Team in den Griff bekommen - Teamgeist aber setzt Respekt voraus, und der ist zumindest auf staatlicher (schon gar nicht bei Buschkowsky und seinem Feind Wowereit) Ebene nicht vorhanden. Nicht zuletzt deshalb gibt es mittlerweile ein wirklich breites Spektrum von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement, das erlebe ich ganz intensiv in Neukölln. Aber es fehlt auch dafür Respekt und Unterstützung. Dass es nicht möglich ist, Geld für eine Absicherung qualifizierter und qualifizierender Strukturen zu bekommen, sondern immer nur Projektgeldchen, ist eine solche Verschleuderung von Potentialen... Aber das weißt du ja auch seit langem. Nur ändern tut sich nichts.“

Ich denke, dass beide Wahrnehmungen ein differenziertes, aber auch ein notwendigerweise ambivalentes Bild ergeben. Und diese Ambivalenz ist typisch bei der Begegnung von Schule und bürgerschaftlichem Engagement. Dazu möchte ich abschließend noch eine Bemerkungen in Hypothesenform formulieren.

## BÜRGERENGAGEMENT UND SCHULE: SINN UND UNSINN

Was kann denn nun der Sinn einer Kooperation solch völlig unterschiedlicher Handlungssysteme sein? Zur Beantwortung dieser Frage könnte man höchst unterschiedliche Hypothesen aufstellen, skeptische und zukunftsweisende. Ich fange mit skeptischen an:

- Das Schulsystem braucht Bürgerengagement als „Notstromaggregat“: Viele Pflichtaufgaben können nicht mehr mit eigenen Mitteln qualitativ bewältigt werden und nun sucht man nach ehrenamtlichen Ersatzlösungen.
- Das Bürgerengagement verhindert eine substantielle Schulreform und liefert kompensatorische Lösungen, die allenfalls eine kosmetische Veränderung ermöglichen, aber dem System die Reformlegitimation liefern.

Aber man könnte auch Hypothesen formulieren, die den Weg zu einer anderen Schule weisen:

- Schule möchte sich zu einer umfassenden „Förderschule“ verändern, die nicht in erster Linie Selektion betreibt, sondern möglichst allen Schülerinnen und Schülern das Erreichen von wichtigen Bildungszielen ermöglichen soll. Freiwillig engagierte Menschen könnten hier eine hilfreiche Ressource werden.
- Schule sieht seine Verantwortung darin, die Lebenskompetenzen und die Gesundheit von Heranwachsenden zu fördern und lädt Bürgerinnen

und Bürger ein, mit eigenen Initiativen und Projekten Ressourcen bereit zu stellen, die für eine solche Zielstellung unabdingbar sind.

- Das hoheitliche System Schule soll sich auf den Weg zu einer „community school“ machen, die sich in die Gestaltung einer Gemeinde oder eines Stadtteils einbezieht und Bürgerinnen und Bürger einlädt, ihre Lebenserfahrungen und Kompetenzen in die Schule einzubringen.
- Schule soll zu einem wichtigen Akteur in einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft werden und das heißt, dass sie die Vermittlung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen auf Ihre Agenda setzt und durch die Einbeziehung von engagierten BürgerInnen (z.B. Eltern, aber auch andere Akteure) Modelle gelebter Zivilgesellschaft anbietet.
- Die Entwicklung hin zu Ganztagschulen eröffnet ein weites Feld von Lernprozessen, die über das bisherige System von Stoffvermittlung und Prüfungen eines festgelegten Wissenskatalogs qualitativ hinausgeht und durch Einbeziehung von Jugendarbeit, Vereinsengagement und bürgerschaftlich Engagierten ein innovates Lernmilieu für Schlüsselqualifikationen und soziales Lernen.

## LITERATUR

- Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998). Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Castells, Manuel: Informatisierte Stadt und soziale Bewegungen. In: M.Wentz (Hrsg.): Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt: Campus 1991, S. 137 - 147.
- Castells, Manuel: The rise of the network society. Vol. I von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell 1996 (deutsche Übersetzung 2001).
- Castells, M. (1997). The power of identity. Vol. II von The information age: Economy, society and culture. Oxford: Blackwell (deutsche Übersetzung 2002).
- Gensicke, T., Picot, S. & Geiss, S. (2006). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag.
- Heinze, Rolf G. & Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband, Band 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung. Bonn 1998, S. 107 - 241.
- Helbrecht-Jordan, Ingrid: Familien zwischen Erosion und neuer sozialer Infrastruktur. Bielefeld: Kleine 1996.
- Hummel, Konrad (Hg.): Bürgerengagement. Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen. Freiburg: Lambertus 1995.
- Keupp, Heiner, Kraus, Wolfgang & Straus, Florian: Civics matters. Motivlagen, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. In: U. Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt: Suhrkamp 2000.
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München: SOS-Kinderdorf 2001.
- Klages, Helmut & Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyrer Forschungsberichte Nr. 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 1999.

- Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2001.
- Rauschenbach, T. (2005). Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule. Berlin: Tagungsdokumentation.
- Rosenblatt, Bernhard von: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligen-survey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer 2000.